

## Unsere Vision für Europa: friedlich, sozial und ökologisch

### ***Pax Christi: Einsatz für eine Welt ohne Gewalt***

*Als christliche Friedensbewegung streben wir nach einer gerechten Welt ohne Gewalt. In Psalm 85 (Vers 11-14) heißt es: „Es begegnen einander Huld und Treue; Gerechtigkeit und Friede küssen sich.“ Von diesem Geist wollen wir uns in dieser Erklärung leiten lassen.*

### ***Friede ist eine Frucht der Gerechtigkeit.***

*Eine ungerechte Weltordnung bedeutet, dass man Festungen baut und immer mehr Ressourcen in militärische Sicherung investieren muss, um das globale Wohlstandsgefälle abzusichern. Dies bedeutet, dass sich Krieg und Terror weiter über den Globus ausdehnen: Christinnen und Christen sind in der heutigen Welt dazu aufgerufen, den enormen Widersprüchen der Verteilung des Güter dieser Erde, der Hochrüstung und Investition in Gewalt, nukleare Zerstörung und schonungslose Ökologievernichtung entgegenzutreten - im Vertrauen darauf, dass eine andere Lebens- und Wirtschaftsweise und ein anderer Politikstil, der mehr Gerechtigkeit und weniger Gewalt mit sich bringt, möglich ist. Eine andere Welt ist möglich!*

### **I. Ausgangslage: Die Welt und das gegenwärtige Weltwirtschaftssystem**

Die herrschende globale Weltordnung ist voller Gewalt.<sup>1)</sup>

- Die Ausgaben für Militär und Rüstung steigen – nach einer kurzen Phase des Rückgangs nach dem Ende des Kalten Krieges – weltweit wieder an.
- Zehntausende Menschen sterben tagtäglich an Hunger und vermeidbaren Krankheiten: Alle fünf Sekunden verhungert ein Mensch! Wir meinen mit Jean Ziegler: „Ein Kind, das heutzutage an Hunger stirbt, wird ermordet!“
- Die globale Verteilung von Kapital und Einkommen wird immer ungerechter. Immense Summen von Kapital fließen aus den armen Ländern des Südens in die reichen Länder des Nordens. Im Jahr 2004 betrug der Netto-Kapitaltransfer mehr als 450 Milliarden US-\$.  
- Der Raubbau an der Natur schreitet ungehindert fort. Die Klimakatastrophe wird nicht einmal eingedämmt, ganze Landstriche werden unwiederbringlich zerstört, das Artensterben schreitet voran, den Weltmeeren droht durch Überfischung und Verschmutzung der ökologische Tod, usw.

Wir schließen uns dem Schrei gegen die „Verstümmelung des menschlichen Lebens durch den Kapitalismus“ (John Holloway) an: ein Schrei der Trauer, ein Schrei des Zorns, ein Schrei der Verweigerung. Wir glauben, dass die Verwertungslogik des Kapitalismus den Menschen im einzelnen und der Menschheit im gesamten eine Lebensanschauung aufzwingt, die vermeintlichen Sachzwängen (Kapitalvermehrung) den Vorrang vor dem Leben der Menschen (gutes Leben) bzw. dem Überleben der Menschheit gibt.

Wir glauben, dass globale Ungerechtigkeiten und die globale Umweltzerstörung durch engagiertes Handeln abgemildert werden können. Dazu braucht es mutiges Engagement von NGOs, Einzelpersonen und PolitikerInnen. Wahre Gerechtigkeit braucht ein solidarisches Wirtschaftssystem. Weltweit muss über echte Alternativen zur kapitalistisch-neoliberalen Weltordnung nachgedacht werden.

<sup>1)</sup> Wir verwenden den Begriff „Gewalt“ im Sinne des Gewaltbegriffs von Johan Galtung: „Gewalt liegt dann vor, wenn Menschen so beeinflusst werden, daß ihre aktuelle somatische und geistige Verwirklichung geringer ist als ihre potenzielle Verwirklichung.“ - Gewalt geht also nicht zwingend von einem personalen Subjekt mit einem werkzeughaften Mittel der Gewalt, sondern von einem dauernden Zustand indirekter Gewalt aus.

Der Europäischen Union - als wesentlicher Teil dieser Weltordnung - kommt hier eine entscheidende Gestaltungsfunktion zu. In dieser Erklärung beschäftigen wir uns – im Wissen um die Begrenztheit der Gestaltungsspielräume - mit der Vision eines friedlichen, sozialen und ökologischen Programms für die Europäische Union.

## **II. Selbstverständnis: Die Europäische Union als Friedensinstitution?**

Europa war im vergangenen Jahrhundert Ausgangspunkt und Hauptschauplatz von zwei verheerenden Kriegen, die die ganze Welt in Mitleidenschaft gezogen haben. Nach dem Zweiten Weltkrieg ist in Westeuropa eine lange Phase des Friedens angebrochen. Die Europäische Union und ihre Vorläuferorganisationen haben diese friedliche Entwicklung im Inneren unterstützt: Die wirtschaftliche Kooperation zwischen ehemals verfeindeten Nationen hat die Menschen in den Ländern der Europäischen Union einander näher gebracht. Das ist – nach zwei Weltkriegen – eine große historische Leistung der Europäischen Union.

Das Bild der „Friedensinstitution“ EU mag im Großen und Ganzen und mit Einschränkungen für den innereuropäischen Frieden gelten. (Nicht vergessen soll sein, dass auch innerhalb der EU Konflikte mit Gewalt ausgetragen wurden und werden: Nordirland, Baskenland, usw.) Nach außen hin war und ist das Erscheinungsbild der Europäischen Union ambivalent:

Zum einen werden von der EU – im Vergleich zu den USA – verhältnismäßig hohe Ressourcen für Armutsbekämpfung und Konfliktbereinigung in der Welt zur Verfügung gestellt. Zum anderen versuchen auch die Europäische Union bzw. ihre Mitgliedstaaten ihre wirtschaftlichen Interessen notfalls mit Gewalt durchzusetzen (z.B. Kongo). Mitgliedstaaten der EU haben sich auch in der Vergangenheit an völkerrechtswidrigen Kriegen beteiligt (z.B. Kosovo-Krieg, Irak-Krieg). Die militärischen Ausgaben steigen auch in der EU. Die militärischen Kapazitäten der Europäischen Union werden laufend vergrößert, um sie für Kampfeinsätze (Stichwort ‚battle groups‘) fit zu machen. Für den Aufbau einer Militärmacht EU werden große Anstrengungen unternommen.

## **III. Vision für Europa: friedlich, sozial und ökologisch**

Im Folgenden skizzieren wir das Bild von einer Europäischen Union, die die Herausforderungen, vor der die Menschheit in den kommenden Jahrzehnten steht, wahrnimmt. Wir wollen, dass sich die Europäische Union ihrer Verantwortung in der Welt noch mehr als bisher bewusst wird und ihre Politik strikt nach den Kategorien friedlich, sozial und ökologisch ausrichtet.

### **III.I. Friedliche EU**

Den militärischen Tendenzen wollen wir die Vision von einer friedensfördernden Europäischen Union - als einem „Friedenspol“ in der Welt - entgegenstellen. Demnach muss sich die Außen- und Sicherheitspolitik der EU an folgenden Prämissen orientieren:

- Auf- und Ausbau von gewaltfreien Instrumentarien der Konfliktlösung: Friedensforschung, Friedensfachkräfte für Prävention, Vermittlung und Nachbereitung, Friedensdienste: Es müssen friedliche Kapazitäten geschaffen werden, sodass im Krisenfall Tausende ausgebildete Menschen in gewaltfreie Vermittlungseinsätze geschickt werden können. (Im Vorfeld des Kosovo-Krieges war es binnen sechs Monaten nicht möglich, 2.000 OSZE-BeobachterInnen in den Kosovo zu entsenden. 50.000 NATO-SoldatInnen waren dann in einigen Tagen einsatzbereit.)
- Die militärischen Kapazitäten der Europäischen Union müssen strikt defensiv sein und für den Kriseneinsatz in Konfliktregionen vorbereitet werden. Diese Entwicklung ist in enger Abstimmung mit der UNO (UN-Blauhelme) vorzunehmen.
- Abrüstung: Die Staaten der EU-15 gaben im Jahr 2003 durchschnittlich 1,7 Prozent des BIP für Militär aus. Wir glauben, dass ein Großteil dieser Mittel umgewidmet werden soll: für zivile Konfliktbearbeitung und für sozialen Ausgleich.

- Atomare Abrüstung: Europa muss atomar abrüsten und völlig auf Kernwaffen verzichten. Wir sehen uns in diesem Punkt auf einer Linie mit dem vollkommenen moralischen Gebot zum Verzicht auf den Einsatz sowie auf den Abbau aller Atomwaffen, wie er im Zweiten Vatikanischen Konzil (Pastoralkonstitution „Gaudium et Spes“, Nr. 79 und 80 von 1965) ebenso ausgedrückt wurde wie in der Erklärung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Porto Alegre („Protokollpunkt zur Abschaffung der Atomwaffen“ vom 14.-23. Februar 2006). Wir rufen das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom 8. Juli 1996 in Den Haag in Erinnerung, in dem der Einsatz von Atomwaffen als völkerrechtswidrig bezeichnet wurde. Die EU muss sich im Rahmen des Völkerrechts entwickeln.
- Strikte Bindung aller Kampfeinsätze an ein UNO-Mandat: Bisher anders lautende Beschlüsse sind zu revidieren.

Unsere Vision der Friedensinstitution Europäische Union orientiert sich an den Prämissen der österreichischen Neutralität: Der EU-Raum soll durch die militärischen Kapazitäten der Mitgliedstaaten ausschließlich defensiv verteidigt werden. Eine zentrale Eingreiftruppe der EU soll nur für interne Friedensschaffung bereitstehen. Die Teilnahme an fremden Kriegen muss gesetzlich ausgeschlossen sein, nur eine Mitwirkung an UN-Einsätzen kann erlaubt werden. Das bedeutet auch, dass die militärischen Verflechtungen der Europäischen Union bzw. einzelner Mitgliedsstaaten mit der NATO schrittweise gelöst werden.

### III.2. Soziale EU

Unsere Vision von einer sozialen Europäische Union und ihrer Mitgliedstaaten umfasst die Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik, die sich an folgenden Prämissen orientiert:

- Sozialstaatsprinzip: gerechte Verteilung des Wohlstandes (höhere Besteuerung von Kapital, Wertschöpfungsabgabe, Entlastung der durch Arbeit erworbenen Einkommen und Löhne)
- Armutsbekämpfung
- gerechte Verteilung der vorhandenen bezahlten Arbeit
- Definition von allgemein gültigen Mindeststeuersätzen zur Vermeidung eines Konkurrenz zwischen den Staaten

Ebenso, wie es Maastricht-Kriterien für die Erfüllung der Budgetdisziplin gibt, sind verbindliche „Sozial-Kriterien“ notwendig, an denen die soziale Entwicklung der Staaten der Europäischen Union gemessen wird. Solche „Sozial-Kriterien“ könnten Armutsbekämpfung oder Verteilungsmaße bei Vermögen und Einkommen sein.

### III.3. Ökologische EU

Ökologische Krisen wie die Klimaerwärmung, die Abnahme der fossilen Energievorräte und das globale Artensterben werden von der EU und ihren Mitgliedstaaten mitverursacht. Vor allem der globale Klimawandel fordert die EU heraus, ihre Energiepolitik radikal zu ändern: Die überfällige „Energiewende“ muss eingeleitet werden, also die drastische Reduzierung des Einsatzes endlicher Vorräte und die Förderung der erneuerbaren Energien.

Die Abhängigkeit von begrenzten fossilen Rohstoffen (Erdöl, Erdgas, Uran etc.) soll abgebaut und eine dezentrale Energieautonomie gefördert werden. In der Verkehrspolitik sollen die Umweltkosten des Individualverkehrs zur Gänze auf die Treibstoffpreise gelegt werden (Kostenwahrheit).

Ähnlich wie für den Sozialbereich sind auch für die Umwelt verbindliche „Ökologie-Kriterien“ der EU-Wirtschaftspolitik notwendig, an denen die nachhaltige Entwicklung der Staaten der Europäischen Union gemessen wird. Solche „Ökologie-Kriterien“ könnten Reduktionsziele bei CO<sub>2</sub> (vgl. Kyoto-Protokoll) aber auch die Reduktion der Abhängigkeit von fossilen und atomaren Energieträgern sein.

#### **IV. Die Verfasstheit der Europäischen Union**

Die EU benötigt klare rechtliche Grundlagen, Regelungen, wofür sie zuständig ist, und was „nationale“ Zuständigkeit ist. Ein „Bundesstaat EU“ nach dem Vorbild der USA, eine europäischen Zentralgewalt nach dem Muster des Weißen Hauses lehnen wir ab. Eine scheinbare „Schwäche“, die aus der Vielfalt und Gegensätzlichkeit ihrer nationalen Teile erwächst, kann zur Stärke der EU werden. Die kulturelle und politische Vielfalt der EU begreifen wir als Stärke und innere Immunität gegenüber Totalitarismen und Großmachtstreben.

##### **IV.1. Erweiterung und Vertiefung – Der Reformvertrag von Lissabon**

Die Europäische Union hat in den letzten Jahren das Projekt der Erweiterung erfolgreich vorangetrieben. Wir begrüßen grundsätzlich diese Erweiterung, weil sie die Völker des geographischen Europa näher zusammenrücken lässt.

Die Europäischen Union ist allerdings an einem kritischen Punkt angelangt: Nach dem französischen und dem niederländischen Nein zum Verfassungsvertrag im Jahr 2005 ist ein Stillstand eingetreten. Wir verstehen diese beiden Entscheidungen auch als Protest gegen militaristische und neoliberale Entwicklungen innerhalb der EU.

Am 13. Dezember 2007 wurde in Lissabon nun der neue Reformvertrag unterschrieben. Er deckt sich über weite Strecken mit dem alten Verfassungsvertrag. Die Beurteilung dieses Vertragswerks fällt uns schwer.

- Er bleibt weit hinter unserer Vision von einem friedlichen, sozialen und ökologischen Europa. Er enthält weiterhin starke militaristische, neoliberale und undemokratische Elemente:
  - im militärischen Bereich: Aufrüstungsverpflichtung (Art. 27.3.), Schaffung einer „Europäischen Verteidigungsagentur“, Bildung eines militärischen Kerneuropas („Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ – vgl. Art. 27.6.)
  - im sozialen Bereich: Es gibt keine Fortschritte bei der Bildung einer Sozialunion: Weiterhin besteht Einstimmigkeitserfordernis im Bereich der Sozialpolitik und in Steuerfragen – soziale Mindeststandards und einheitliche Unternehmensbesteuerung bleiben in weiter Ferne. Das Bekenntnis zu einer „offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ kann als Festlegung auf eine neoliberale Wirtschaftsordnung interpretiert werden.
  - im demokratischen Bereich: Wir bedauern sehr, dass das neue Vertragswerk nicht nach einem langen, umfassenden Diskussionsprozess innerhalb der Europäischen Union erarbeitet wurde.
- Umgekehrt verkennen wir nicht, dass der neue Reformvertrag einige Fortschritte im Vergleich zum geltenden EU-Recht (Vertrag von Nizza) bringen wird:
  - die Grundrechte-Charta wird rechtsverbindlich (leider nicht in allen EU-Staaten)
  - Stärkung des Europaparlaments, Stärkung der nationalen Parlamente sowie ein Recht auf europaweite Bürgerinitiativen
  - deklariertes Ziel für einen europaweiten Kampf gegen den Klimawandel
  - soziale Marktwirtschaft und Vollbeschäftigung werden Ziele der Union
  - das Europäische Parlament erhält mehr Mitentscheidungs-Rechte
  - Stärkung der nationalen Parlamente
  - einige demokratische Instrumentarien werden neu geschaffen (z.B. "Europäische Bürgerinitiative" mit 1 Million Unterschriften)
  - die Bekämpfung des Klimawandels wird Teil der Verträge
  - die Handlungsfähigkeit der EU wird durch zahlreiche Maßnahmen erhöht.

Man kann das Glas nun als halb leer oder als halb voll betrachten.

Die Annahme des Reformvertrags im Windschatten einer uninformierten Öffentlichkeit nehmen wir jedenfalls auf Auftrag wahr, uns an der weiteren Gestaltung der Europäischen Union aktiv zu beteiligen. Insbesondere werden wir

- die Umsetzung des Reformvertrags in konkrete Politik beobachten
- weiterhin für die Vision einer friedlichen, sozialen und ökologischen EU eintreten. Im Konkreten bedeutet das für uns das Eintreten für eine Agentur für Soziale Konfliktbearbeitung, für eine Europäische Sozialcharta und einen demokratischen Prozess für eine allfällige EU-Verfassung
- eigene Initiativen für Frieden, Solidarität und einen alternativen Lebensstil zu ergreifen.

Wir meinen, dass in der näheren Zukunft die Vertiefung der Europäischen Union zu einer friedlichen, sozialen und ökologischen Union Vorrang vor weiteren Erweiterungsschritten haben sollte. Assoziationen mit anderen Staaten (z.B. Türkei, südosteuropäische Staaten) sind anzustreben. Die Vertiefung soll die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der Europäischen Union verbessern und muss die Stärkung der demokratischen Mitgestaltungsmöglichkeit der Bürgerinnen und Bürger der EU bewirken.

#### **IV. 2. Bundesstaat oder Staatenbund?**

Wenn es den demokratischen Kräften innerhalb der Europäischen Union gelingt, die Vision einer friedlichen, sozialen und ökologischen EU im Auge zu haben, kann die weitere Abtretung von nationalstaatlichen Kompetenzen an die EU positiv sein, z.B. in einem „Verfassungsvertrag für die Europäische Union“. (Dabei müssen die Besonderheiten der einzelnen Staaten anerkannt werden – z.B. der Statuts der immerwährenden Neutralität Österreichs.) Im Bereich der Friedens- und Sicherheitspolitik sollte die Vision einer friedlichen EU als Rahmenrichtlinie für Außen- und Friedenspolitik in einer Verfassung festgeschrieben sein.

Wenn sich die EU nicht auf die Vision von einer friedlichen, sozialen und ökologischen EU einigen kann, ist die Abtretung von Kompetenzen an die EU von Nachteil: Einerseits ist die demokratische Mitgestaltungsmöglichkeit nicht gewährleistet; andererseits wird eine rein wirtschaftlich ausgerichtete EU in Kombination mit größeren militärischen Kapazitäten selbst zum Störfaktor für den Frieden in der Welt. „Mit einer Stimme zu sprechen“ kann nur bei weitgehender Umsetzung der „Visionen“ ein Ziel sein.

#### **V. Die Europäische Union an ihren Rändern**

Europa muss auch von seinen Rändern her gedacht werden: Wer eine gewaltfreie bzw. gewaltarme Europäische Union haben will, darf sich nicht nur mit der Entwicklung im Innenverhältnis beschäftigen: Eine friedliche, soziale und ökologische EU muss auch an den Grenzen und darüber hinaus verwirklicht werden. Solidarität kann nicht an den Rändern von Europa Halt machen.

Die derzeitige Realität ist unmenschlich: Eine „Festung EU“ wurde errichtet, um an den Grenzen vor den flüchtenden Massen aus Afrika und Asien bewahrt zu sein. Meterhohe Zäune wurden errichtet, Militär an den Grenzen stationiert. Not und Elend der Menschen in Afrika und Asien soll vor der Türe Europas bleiben. An den Grenzen der EU werden systematisch Menschenrechte verletzt. Das Grundrecht auf Asyl wird mit Füßen getreten. Die Zuwanderungspolitik der EU ist im wahrsten Sinn des Wortes todbringend: Hunderte Menschen sterben jedes Jahr bei ihrem Versuch, in der Hoffnung auf ein besseres Leben nach Europa zu kommen. Das Mittelmeer wurde zu einem Massengrab.

Gleichzeitig trägt die EU mit ihrer Wirtschaftsweise dazu bei, dass die Lebensgrundlagen in den armen Regionen dieser Erde zerstört werden:

- Das derzeitige System der Agrarsubventionen in der EU trägt dazu bei, dass die Produkte aus Europa billiger sind als einheimische Waren. So werden die lokalen

Märkte in Afrika und Asien systematisch zerstört werden. Immer mehr einheimische Bauern und Bäuerinnen verlieren ihre Existenzbasis.

- Jährlich fließen Milliarden Euro aus Afrika und Asien nach Europa und treiben kreditnehmende Staaten in die Schuldnechtschaft. Die von internationalen Institutionen wie IWF oder Weltbank vorgeschriebene Politik der Schuldenreduktion verlangt von den armen Staaten vor allem Einschnitte bei Sozialem und Bildung.

## **VI. Einige kurzfristige Handlungsmöglichkeiten**

Wir sind uns bewusst, dass es für die Umsetzung unserer Vision einen langen Atem brauchen wird. Aber menschliches Handeln und Politik braucht Visionen und Utopien, an denen sie ihr konkretes Tun orientiert.

Kurzfristig könnte sich unsere Vision in folgenden Maßnahmen niederschlagen:

- Aufbau friedensschaffender Konfliktschlichtungs-Einsatzkräfte in der gesamten EU durch die Errichtung einer Agentur für Soziale Konfliktbearbeitung
- Entwicklung und Verabschiedung einer Europäische Sozialcharta
- verstärkte Kooperationen mit den Staaten und Regionen am Rande der EU
- keine Beteiligung der EU und von einzelnen EU-Staaten an völkerrechtswidrigen Kriegen (wie z.B. im Irak und in Afghanistan)
- Keine Aufstellung von US-Raketen in den EU-Staaten Tschechien und Polen
- Förderung der „Energiewende“ durch Maßnahmen: z.B. fixe Einspeisetarife bei der Stromumstellung auf erneuerbare Energien (Deutschland) oder Beschluss Schwedens, bis 2020 ganz auf erneuerbare Energien umzusteigen
- Entwicklungshilfe auf 0,7% des BIP erhöhen; Entschuldung der Länder des Südens
- Förderung der Wissenschaften im Bereich „Alternativen zum Kapitalismus“ – öko-soziale Rahmenordnung gegen einen ökonomischen Totalitarismus
- Einheitliches Verbot der Gentechnologie
- Einführung einer Kerosin-Steuer auf Flugbenzin
- Einheitliche EU-Flüchtlingspolitik nach humanen Grundsätzen
- Dialog der Religionen in der EU fördern

(Diese Aufzählung erhebt natürlich nicht den Anspruch auf Vollständigkeit.)

## **VII. Schlussbemerkungen**

Die EU hat dringenden Diskussionsbedarf über ihre weitere Entwicklung; wir verstehen diese Erklärung als Diskussionsbeitrag dazu. Europa braucht die Vision einer friedlichen, sozialen und ökologischen EU. Daher ist zu fordern, dass sich die europäische Politik gegenüber mächtigen wirtschaftlichen Interessen durchsetzen muss - in der EU als Ganzes und in ihren Mitgliedsstaaten. Politik muss den Primat des Handelns von der Wirtschaft zurückerobern. Das mag viel verlangt sein, aber in den kommenden Jahrzehnten müssen mutige Schritte